

Beraten und beschlossen

12. Landessynode 2015 - 2020

13. Tagung 16./17. April 2021

Videokonferenz

Berichterstattung

Neue Kommunikationswege beschreiten

Die Landessynode hat ein Medienreferat beschlossen.

Speyer (lk). Neue Medien, Kanäle und Kommunikationsstrukturen: Mit großer Mehrheit haben die Landessynodalen der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) auf ihrer digitalen Tagung am 16. April 2021 die seit 2018 geplante Einrichtung eines neuen Medienreferats beschlossen.

Im Zuge einer Neuausrichtung wird die landeskirchliche Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit künftig in einer Einheit organisiert werden. Das neue Medienreferat entsteht durch die Zusammenfassung des Presse- und Öffentlichkeitsreferats sowie einiger Aufgabenbereiche aus dem Evangelischen Presseverband e. V. und dem Verlagshaus Speyer GmbH.

Die pfälzische Landeskirche reagiert damit auf knapper werdende Finanzmittel und massive Veränderungen der Medienlandschaft und des Kommunikationsverhaltens ihrer Mitglieder. Das von der Synode beratene „Eckpunktepapier zur Neukonzeption der landeskirchlichen Publizistik und Öffentlichkeitsarbeit“ legt den Fokus auf zwei Bereiche: die Erschließung neuer Zielgruppen und die Kommunikation über digitale Kanäle und Medien.



Felix Kirschbacher, der im März 2021 seine Arbeit als Leiter des Öffentlichkeitsreferats aufgenommen hat, kündigte einen Aufbruch an: „Den Herausforderungen des digitalen Wandels lässt sich nur mit einer neuen Kommunikationskultur begegnen, die nicht nur sendet, sondern auch empfängt. Wir

brauchen unterschiedliche Köpfe, die über vernetzte Kanäle kommunizieren und so die Vielfalt unserer Kirche nach innen und außen tragen.“

Um die Neuaufstellung zu ermöglichen, wird sich der Presseverband bis Ende 2022 auflösen. Das von Presseverband und Landeskirche gemeinsam betriebene Verlagshaus Speyer wird bestehen bleiben. Die Evangelische Kirche der Pfalz wird alleinige Gesellschafterin des Verlags. Der Evangelische Pressedienst (epd) bleibt publizistisch unabhängig.

Oberkirchenrätin Bettina Wilhelm dankte in ihrer Einbringung der von Hans-Peter Dannhorn moderierten Lenkungsgruppe, die 2020 ein Gesamtkonzept zur Medienarbeit der Landeskirche vorgelegt hat: „Von dieser fundierten und wertvollen Arbeit werden wir im anstehenden Transformationsprozess profitieren.“



Bis 2023 wird die Öffentlichkeits-, Medien-, Web- und Rundfunkarbeit schrittweise zusammengeführt. Der Transformationsprozess soll dynamisch organisiert und professionell begleitet werden. Multiprofessionelle Teams müssen aufgebaut und ein gemeinsames Dach für das Medienreferat gefunden werden. Öffentlichkeitsreferent Kirschbacher sieht die aufwändigen Prozesse positiv und blickt der Arbeit freudig entgegen: „Die Veränderungen bieten eine Chance, innovativ und mutig neue Wege zu finden, unserer Botschaft Gehör zu verschaffen. Denn dass wir eine Botschaft – die Frohe Botschaft – haben, die auch heute erzählt, diskutiert, gehört werden muss – daran gibt es nichts zu rütteln.“

Hintergrund: Der Evangelische Presseverband der Pfalz e. V. gibt unter anderem den Evangelischen Kirchenboten heraus und ist für den Evangelischen Pressedienst (epd) sowie den Evangelischen Mediendienst (emd) zuständig.

Die Verlagshaus Speyer GmbH ist eine gemeinsame Gründung des Evangelischen Presseverbandes Pfalz e. V. und der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche). Sie verlegt unter anderem das Deutsche Pfarrerberblatt, religionspädagogische Reihen und den KonfiKalender.

Der Lenkungsgruppe gehörten Oberkirchenrat i. R. Dieter Lutz, Oberkirchenrätin Karin Kessel, Hartmut Metzger (Geschäftsführer des Presseverbands und Verlagshauses), Ralf Peter Reimann (Internetbeauftragter der Evangelischen Kirche im Rheinland), Kirchenrat Wolfgang Schumacher (Pressesprecher und Öffentlichkeitsreferent der Landeskirche bis Mitte 2020) und Ursula Thilmany-Johannsen (Rundfunkredakteurin und Landessynodale) an.

16. April 2021

Mit dem Glauben unvereinbare Darstellungen ausschließen

Die Landeskirche hat mit einem neuen Gesetz ein wichtiges Zeichen gegen menschenfeindliches Gedankengut gesetzt.



Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat mit großer Mehrheit ein Gesetz zum kirchlichen Umgang mit Darstellungen von judenfeindlichem, rassistischem oder nationalsozialistischem

Gedankengut verabschiedet. Bereits im Juni 2016 hat die Synode die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte der Landeskirche als Verpflichtung gesehen, in der Gegenwart klarer für das Lebensrecht und die Würde aller Menschen einzustehen. Ausgangspunkt der Diskussion war das zuvor veröffentlichte Handbuch „Protestanten ohne Protest“, in der die Rolle der Landeskirche in der Zeit des Nationalsozialismus dargestellt wurde.

Im November 2019 beauftragte die Synode den Landeskirchenrat mit dem Entwurf zu einem entsprechenden Gesetz. „Kern des Gesetzesentwurfes ist zum einen das Verbot eines liturgischen Gebrauchs von Darstellungen judenfeindlichen,



rassistischen und nationalsozialistischen Gedankenguts und zum anderen die Verpflichtung eines angemessenen Umgangs mit diesen Darstellungen“, erläuterte der juristische Referent, Rechtsdirektor i. K. André Gilbert.

Mit den Glaubensgrundlagen und Ordnungen der Landeskirche sei die Darstellung von judenfeindlichem, rassistischem und nationalsozialistischem Gedankengut unvereinbar. „Zur Umkehr gerufen, sucht sie Versöhnung mit dem jüdischen Volk und tritt jeder Form von Judenfeindschaft entgegen“, heißt es in Paragraph 1 der pfälzischen Kirchenverfassung. Die Landeskirche wisse sich durch ihre religiösen Grundsätze dem Wohlergehen aller Menschen verpflichtet.

Die Gesetzesvorlage gehe deshalb weit über die in den Medien diskutierten vier Kirchenglocken aus der Zeit des Nationalsozialismus hinaus. Vielmehr nehme man auch frühere Darstellungen aus wilhelminischer Zeit zwischen 1888 und 1918 in den Blick, als Kaiser Wilhelm II. das Deutsche Kaiserreich regierte und sich der deutsche Nationalismus zu entwickeln begann.

„Die Idee eines landeskirchlichen Gedenkortes für die Opfer des Nationalsozialismus ist ebenso im Raum wie ein wissenschaftliches Projekt in Fortsetzung des Projektes ‚Protestanten ohne Protest‘, das problematische Relikte aus der Epoche des Wilhelminismus und der NS-Zeit erfasst und einordnet sowie den Umgang damit nach 1945 kritisch beleuchtet“, berichtet die zuständige Oberkirchenrätin Bettina Wilhelm.

LINE



PROTESTANTISCHE
Evangelische
Kirche der Pfalz
LANDESKIRCHE



16. April 2021

Sparpotenziale ausschöpfen

Die Landessynode plant Einsparungen für die kommenden Jahre bis 2030. Möglichkeiten dafür sieht die Konsolidierungskommission in der ökumenischen Zusammenarbeit und bei der Kita-Finanzierung.

Speyer (lk). Die Evangelische Kirche der Pfalz wird zukünftig weniger Einnahmen zur Verfügung haben und muss sparen. Die sogenannte Konsolidierungskommission hat der Synode am Samstag einen Bericht mit konkreten Einsparpotenzialen vorgelegt, dem die Synodalen zugestimmt haben. Demnach sollen bis 2025 rund 8,5 Millionen Euro sowie in den danach folgenden Jahren bis 2030 weitere vier Millionen Euro im Haushalt eingespart werden. Der Abschlussbericht der Kommission weist Sparmaßnahmen durch die ökumenische Zusammenarbeit mit dem Bistum Speyer, bei der Gemeinde- sowie der Kindertagesstättenfinanzierung aus.

Helmuth Morgenthaler, Vorsitzender der Kommission, erläuterte den Synodalen, dass zum mittel- bis langfristigen strukturellen Defizit, das der Landeskirche bevorsteht, ein konjunkturelles Defizit durch die Corona-Pandemie hinzugekommen ist. „Wir müssen davon ausgehen, dass das erarbeitete Konsolidierungsergebnis wahrscheinlich nicht ausreichen wird, das Defizit des Landeskirchenhaushalts zu beseitigen“, so Morgenthaler vor der Synode.



Als größtes Sparpotenzial verwies Morgenthaler auf die ökumenische Zusammenarbeit. Er machte den Kirchengemeinden der Landeskirche Mut, auf die katholischen Gemeinden vor Ort zuzugehen. Durch die Kooperation von Kirchengemeinden beider Konfessionen, die in Kirchengebiet, Mitgliederzahlen und Finanzkraft deckungsgleich sind, ergäben sich Einsparungen von einer bis vier Millionen Euro jährlich. „Rasche Konsolidierungsmöglichkeiten sieht die Kommission in der Verwaltung und in einer engeren Zusammenarbeit der gesamtkirchlichen Dienste. Eine solche Zusammenarbeit kann sich auch auf der Ebene der Kirchenbezirke und der Kirchengemeinden fortsetzen. Hier liegt ein großes Konsolidierungsvolumen zum Beispiel im Bereich der gemeinsamen Nutzung von Immobilien“, sagte Morgenthaler. Der Prozess sei auf kirchenleitender Ebene angestoßen worden und stoße beim Bistum auf Interesse.

Bei der Haushaltssystematik schlägt die Kommission vor, die Trennung des Haushalts der Landeskirche in einen Gemeinde- und Landeskirchenteil aufzuheben und in Zukunft nach dem Prinzip „eine Kirche – ein Haushalt“ zu verfahren.

Zudem sollen Baumittel für Kirchengemeinden in den nächsten Jahren von jährlich vier Millionen Euro um 1,3 Millionen pro Jahr sowie der Gebäudebestand insgesamt reduziert werden. Zudem müssten die Kirchengemeinden finanziell unabhängiger von Kirchensteuerzuweisungen werden. Beispiele für Einnahmemöglichkeiten seien Fundraising oder freiwilliges Kirchengeld. Außerdem könnten Kita-Zweckverbände oder eine Gesamtkirchengemeinde beim Bauunterhalt und bei den Sachkosten Entlastung bringen.

Einsparungen bei der Kita-Finanzierung verschoben

Einen dritten Bereich für Einsparungen sieht die Konsolidierungskommission durch die Neufinanzierung der Kindertagesstätten nach dem rheinland-pfälzischen Kita-Zukunftsgesetz, das am 1. Juli 2021 in Kraft treten wird. Damit soll bis 2025 jährlich eine Million Euro eingespart werden. Landeskirchenrat und Bistum, die die Träger der konfessionellen Kitas in den Kirchengemeinden federführend unterstützen, können so gemeinsame Finanzziele vertreten. „Die Landeskirche will einen platzbezogenen Festbetrag aus Kirchensteuermitteln zur Finanzierung der evangelischen Kindertagesstätten zur Verfügung stellen. Die über diesen Betrag hinaus anfallenden Kosten wie Personalkosten, Sachkosten, Baukosten sowie Overheadkosten sind dann von der öffentlichen Hand zu tragen“, so Morgenthaler.

Jedoch gebe es dazu eine Einschränkung: Aktuell sind die Verhandlungen, die Landeskirche und Bistum Speyer als freie Träger von 243 evangelischen und 239 katholischen Kitas mit den jeweiligen Kommunen und Landkreisen über die Kostenverteilung führen, verzögert. Deshalb liegt noch keine Rahmenvereinbarung zwischen kirchlichen Trägern und öffentlicher Hand vor. Für die Übergangszeit hat Oberkirchenrat Manfred Sutter eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vorgeschlagen, welche die Landessynode am Freitag angenommen hat. „Damit wollen wir verhindern, dass in der Übergangsphase für uns zusätzliche Kosten entstehen, die wir auch nach unserer bisherigen Praxis der finanziellen Mitbeteiligung nicht übernommen hätten“, so Sutter. Durch den verzögerten Abschluss der Rahmenvereinbarung mit den Kommunen könnten sich die Einsparungen im Kita-Bereich um ein Jahr verzögern.

Eine weitere Reduzierung der Haushaltsausgaben ist in den gesamtkirchlichen Diensten sowie bei den Pfarrstellen vorgesehen. In den Diensten und im Landeskirchenrat sollen Stellen eingespart werden; bei den Gemeindepfarrstellen ist die Reduzierung von hundert Stellen bis 2030 schon eingeplant. Es solle laut Kommission zwar Personalarückbau, aber keine betriebsbedingten Kündigungen geben. Der Anteil von Drittmitteln im Haushalt soll erhöht werden.

Als zukunftsweisend sieht die Konsolidierungskommission folgende Investitionen: Die IT-Ausstattung soll verbessert, Kommunikationsmöglichkeiten und Verwaltungsprozesse sollen optimiert sowie das Personal in Fortbildungen qualifiziert und passend eingesetzt werden.

Die Kommission schlägt außerdem vor, eine Zukunftswerkstatt einzurichten, in der über Fragen diskutiert werden soll, wie die Landeskirche in Zukunft ihrem Auftrag nachkommen kann, welche Schwerpunkte sie setzen will, was Pflicht oder Kür sein soll.



Hintergrund: Die Landessynode hatte 2018 die Kirchenregierung beauftragt, eine Kommission zu bilden, die sich mit der mittel- und langfristigen Konsolidierung des landeskirchlichen Haushalts befassen soll. Diese wurde damit beauftragt, ohne Denkverbote Maßnahmen und Konzepte zu

entwickeln, mit denen das strukturelle Defizit des landeskirchlichen Haushalts beseitigt und die Erfüllung des kirchlichen Auftrags langfristig gesichert werden kann. Das Ergebnis der Kommissionsarbeit lag Ende 2020 vor, die Abstimmung musste aufgrund der Corona-Situation aber in die Frühjahrssynode 2021 verschoben werden. Erste Maßnahmen sollen in die mittelfristige Finanzplanung einfließen.

17. April 2021

Weichen für die Zukunft stellen

Die 13. Tagung der 12. pfälzischen Landessynode ist beendet. Synodalpräsident Hermann Lorenz hat sich für die gute Zusammenarbeit bedankt.

Speyer (lk). Die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz hat die zweitägigen digitalen Beratungen abgeschlossen. Es war die letzte Tagung in der verbleibenden Amtszeit der bis 2021 gewählten Synode.

Die per Videokonferenz anwesenden 65 Synodalen fassten Beschlüsse, um mit menschenfeindlichem Gedankengut umzugehen, ein neues Medienreferat zu errichten und bis 2030 Einsparungen vorzuschlagen.

Am Samstag verhandelten die Mitglieder der Synode zudem Änderungen, die die Ausgestaltung und Besoldung von Dienst- und Besoldungsverhältnissen des geistlichen Personals, die Kommunikationsform der Mitarbeitervertretung sowie den zukünftigen Einsatz von Pfarramtssekretärinnen in allen Pfarrämtern regeln. Oberkirchenrätin Marianne Wagner stellte außerdem den Zwischenstand des Innovationsprojekts „Erprobungsräume“ vor sowie das Eckpunktepapier „Dekansamt im Wandel“.

In Zeiten von Einsparmaßnahmen wurde in mehreren Punkten der Tagung klar, dass Ausgaben für neue Aufgaben nur möglich sind, wenn an anderer Stelle Ausgaben reduziert werden. „Einfache Lösungen gibt es nicht mehr“, beschrieb ein Synodaler die Situation. Wie von der Konsolidierungskommission vorgeschlagen und von Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst bestätigt, will die Landeskirche eine „Zukunftswerkstatt“ angehen. Diese soll grundlegende Fragen klären, etwa: „Was brauchen wir stärker? Was müssen wir weglassen?“ Die Mitglieder der Werkstatt sollen zukünftige Aufgaben und Ausgaben der Landeskirche abwägen und bereits bestehende Veränderungsprozesse koordinieren.

Zum Abschluss zog Synodalpräsident Hermann Lorenz, der die Tagung zum letzten Mal leitete, ein Resümee der letzten Jahre: „Ich blicke voller Dankbarkeit auf die vergangenen Jahre zurück, weil sie für mich eine gute Zeit waren. Wir haben viel für unsere Kirche geleistet und dies trotz der widrigen Bedingungen, bedingt durch die Corona-Pandemie. Auch in dieser Zeit hat sich unser presbyterial-synodales System bewährt“, so Lorenz.



17. April 2021